



Top Thema

Brücken bauen für Bad Cannstatt. Wie geht es weiter?

Historisch betrachtet waren Flussquerungen stets die Keimzellen für wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Austausch. In Bad Cannstatt ist diese Dynamik derzeit jedoch empfindlich gestört: Da sowohl die Rosenstein- als auch die Wilhelmsbrücke für den Kraftverkehr gesperrt sind, steht der Stadtbezirk vor einer verkehrspolitischen Weichenstellung.

Weil die neue Wilhelmsbrücke künftig ausschließlich Fußgängern und Radfahrern vorbehalten bleiben soll, setzt sich die CDU-Fraktion mit Nachdruck dafür ein, dass die neue Rosensteinbrücke eine „Vollgebrauchsbrücke“ wird. Das Ziel: Der Individualverkehr muss den Neckar hier weiterhin in beide Richtungen queren können. Die Christdemokraten kritisieren in diesem Zusammenhang Pläne für eine zusätzliche Stadtbahnhaltestelle auf dem Bauwerk. Diese treibt nicht nur die Baukosten massiv in die Höhe, sondern schränkt auch den notwendigen Raum für den Autoverkehr ohne erkennbaren Mehrwert ein.

Hinter der Forderung steht ein klares strukturelles Argument: Ein Stadtbezirk mit über 70.000 Einwohnern benötigt eine leistungsfähige innerörtliche Verbindung über den Fluss. Besonders für die Bewohner der Stadtteile Hallschlag, Neckarvorstadt und Burgholzhausen ist der direkte Weg in die Cannstatter Altstadt essenziell. Die CDU warnt davor, dass die aktuelle Sperrung den lokalen Einzelhandel schwächt, da sich viele Bürger bereits Richtung Stuttgart-Nord umorientieren. Gestützt durch deutliche Signale aus der Bürgerschaft beharrt die Fraktion daher auf einer Lösung, die alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen berücksichtigt.

Regionalrat Roland Schmid

Auf dem Laufenden bleiben!

CANNSTATT IM BLICK erscheint auch 4x pro Jahr per E-Mail. Melden Sie sich hier an: www.cannstatt-im-blick.de



Maßregelvollzug in Bad Cannstatt: Interview mit Dr. Markus Reiners

Mehr auf Seite 2

Sicherheit ist mehr als eine Statistik: Wir brauchen Perspektiven für Bad Cannstatt.

In Bad Cannstatt wird die geplante Unterbringung psychisch kranker Straftäter im ehemaligen Rotkreuzkrankenhaus kontrovers diskutiert. Dr. Markus Reiners, CDU-Landtagskandidat und Stadtrat, bezieht hierzu im Interview klar Stellung.

Cannstatt im Blick: Herr Dr. Reiners, die CDU wehrt sich gegen den Maßregelvollzug im ehemaligen Rotkreuzkrankenhaus. Experten sagen aber oft, dass die Kriminalität dort gar nicht steigt. Ist Ihre Kritik nur Panikmache?

Dr. Reiners: Nein, überhaupt nicht. Man muss zwei Dinge unterscheiden: das, was in der Statistik steht, und das, was die Menschen vor Ort fühlen. Ja, die polizeilichen Statistiken zeigen meist keinen Anstieg der Straftaten im direkten Umfeld solcher Kliniken. Es gibt aber einen Unterschied zwischen der tatsächlichen und der gefühlten Unsicherheit. Wenn Eltern sich Sorgen machen, ihre Kinder abends alleine zum Sport zu schicken, dann ist das ein echtes Problem. Lebensqualität misst man nicht nur in Zahlen, sondern im Sicherheitsgefühl der Bürger.

Cannstatt im Blick: Sie warnen vor allem vor den wirtschaftlichen Folgen für das Viertel. Was genau befürchten Sie?

Dr. Reiners: Eine solche Einrichtung wirkt wie ein „Bremsklotz“ für die Nachbarschaft. Immobilienexperten sprechen hier vom sogenannten „Stigmatisierungseffekt“. Das bedeutet: Wer die Wahl hat, zieht nicht direkt neben eine Einrichtung für psychisch kranke Straftäter. Das hat handfeste Folgen: Die Ansiedlung einer Forensik hat im Wohnumfeld Einfluss auf die Bodenrichtwerte sowie die Miet- und Kaufpreise von Häusern und Wohnungen.

Cannstatt im Blick: Hat das auch Auswirkungen darauf, wer in Cannstatt lebt?

Dr. Reiners: Ganz klar, ja. Wir beobachten bei solchen Projekten oft eine schleichende Veränderung. Einkommensstarke Haushalte oder junge Familien meiden diese Straßenzüge. Sie ziehen weg oder kommen gar nicht erst nach Cannstatt. Übrig bleiben oft diejenigen, die keine andere Wahl haben. So riskieren wir, dass die soziale Mischung im Viertel kippt. Wir wollen Bad Cannstatt aufwerten und nicht als Standort für schwierige Einrichtungen zementieren.

Cannstatt im Blick: Wo sehen Sie aktuell die größten Baustellen im Stadtbezirk?



Dr. Reiners: Schauen Sie sich unsere Marktstraße oder den Wilhelmsplatz an. Der Einzelhandel kämpft mit Leerstand, die Aufenthaltsqualität leidet. Wir müssen alles dafür tun, dass Cannstatt attraktiver wird: Gastronomie, modernes Wohnen, eine lebendige City, die Stadt am Fluss. Ein Maßregelvollzug direkt am Rande der Altstadt ist da genau das falsche Signal. Er macht das Viertel für Bewohner, Investoren und Ladenbesitzer schlichtweg unattraktiver.

Cannstatt im Blick: Wie lautet Ihr Fazit?

Dr. Reiners: Ein Stadtteil wird durch eine solche Einrichtung nicht schöner oder lebendiger – im Gegenteil. Wir brauchen Projekte, die Cannstatt nach vorne bringen, statt den Stadtbezirk mit zusätzlichen Belastungen zu schwächen. Ein lebendiger Campus aus bezahlbarem Wohnraum, moderne Bildungstätten, ein medizinisches Versorgungszentrum, ein Innovationsstandort für Start-Ups und Gewerbe mit attraktiven Arbeitsplätzen – solche Konzepte würden Bad Cannstatt nachhaltig aufwerten, anstatt zu schwächen. Wir kämpfen für ein lebenswertes und wirtschaftlich starkes Bad Cannstatt.

Cannstatt im Blick: Herr Dr. Reiners, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Gespräch führte Tobias Scheck.

Haushaltsgestaltung in schwierigen Zeiten

Der Stuttgarter Haushalt 2026/2027 ist von Sparzwängen geprägt. Da die Gewerbesteuerereinnahmen – jahrelang Garant für Investitionen und die Förderung von Vereinen, Sport, Kultur und Sozialem – massiv eingebrochen sind, fordert die CDU eine Konzentration auf das Wesentliche. Während Stuttgart 2023 noch über 1,6 Milliarden Euro einnahm, klafft nun eine gewaltige Lücke: In der Summe stehen für die Jahre 2026 und 2027 rund 800 Millionen Euro weniger zur Verfügung als ursprünglich geplant

Die CDU betont, dass der Sparkurs notwendig und unumgänglich ist. Er muss jedoch ohne "Vollbremsung" und mit Bedacht erfolgen, damit jetzt nicht an falscher Stelle gespart wird.

Eine starke Wirtschaft ist für die CDU das Fundament solider Finanzen, weshalb sie gezielte wirtschaftliche Akzente setzt. Parallel dazu stehen Soziales und Gesundheit im Blickpunkt, etwa durch die Gründung eines ärztlichen Weiterbildungsverbands zur Sicherung der Hausarztversorgung. In puncto Sicherheit setzt sich die Fraktion für eine App-basierte Weiterentwicklung des Frauen-Nacht-Taxis ein, um sichere, einfache und anonyme Buchungen zu ermöglichen. Damit soll Frauen in den Abend- und Nachtstunden mehr Sicherheit geboten werden. Auch der Schutz der Bürger durch die Feuerwehr hat Priorität: Die CDU beantragte eine



Zwischennutzung an der Sigmaringer Straße, damit Einsatzkräfte schon vor Fertigstellung des neuen Ausbildungszentrums moderne Bedingungen vorfinden.

Im Bereich Sport macht sich die CDU für ein Leistungssportkonzept zur Nachwuchsförderung stark. Ziel bleibt eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die trotz Krise Gestaltung ermöglicht und mit Weitblick in die Menschen investiert, die Stuttgart tragen.

Stadträtin Beate Bulle-Schmid

Konkrete Zusagen für's Ländle: Die CDU-Kernpunkte im Check

Im Vorfeld der Landtagswahl am 8. März konkretisiert die CDU Baden-Württemberg ihren Kurs. Unter dem Titel „Agenda der Zuversicht“ setzt Spitzenkandidat Manuel Hagel auf gezielte Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Sicherheit. Sechs zentrale Vorhaben verdeutlichen diesen Kurs:

1 Wirtschaftliche Entfesselung: Durch bürokratiefreie „Innovationszonen“ und eine Senkung der Unternehmenssteuer auf maximal 25 Prozent sollen Investitionen im Land gesichert werden.

2 Stärkung der Sicherheit: Geplant sind deutlich mehr Polizeipersonal und moderne Fahndungsinstrumente für eine höhere Präsenz im öffentlichen Raum und einen konsequenten Rechtsstaat.

3 Verdoppelung der Meisterprämie: Zur Stärkung der beruflichen Bildung soll die Meisterprämie auf 3.000 Euro verdoppelt werden – mit dem Ziel der lanfristigen kompletten Gebührenfreiheit, um Handwerk und akademische Bildung gleichzustellen.

4 Turbo für die Infrastruktur: Beschleunigung der Sanierung von Landesstraßen und Brücken sowie den massiven Ausbau der digitalen Netze für den ländlichen Raum.

5 Beitragsfreies Kindergartenjahr: Geplant ist ein verpflichtendes und gebührenfreies letztes Kindergartenjahr zur verbindlichen Sprachförderung vor dem Schuleintritt.

6 Verbindliche Grundschulempfehlung: Zur Sicherung der Bildungsqualität soll zur verbindlichen Empfehlung zurückgekehrt werden, um Kinder gezielt zu fördern.

Tobias Scheck

Landtagswahl: Erststimme als das Zünglein an der Waage

Bei der Landtagswahl am 8. März 2026 steht der Wahlkreis Stuttgart IV vor einer besonderen Konstellation. Während einige Kandidaten ihr Ticket für den Landtag bereits sicher in der Tasche haben, geht es für Dr. Markus Reiners (CDU) um die Erststimmen. Hintergrund ist das neue Zwei-Stimmen-Wahlrecht.

Was ist neu 2026?

Erstmals in der Geschichte Baden-Württembergs wählen die Bürger mit zwei Stimmen – ähnlich wie bei der Bundestagswahl. Mit der Erststimme wird eine Person direkt im Wahlkreis gewählt, die Zweitstimme entscheidet über die Stärke der Parteien. Zudem wurde das aktive Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt.

Erststimmen für Reiners entscheidend

Für den in Bad Cannstatt lebenden Stadtrat und Kriminalbeamten Dr. Markus Reiners ist das neue System Chance und Risiko zugleich: Reiners benötigt die Mehrheit der Erststimmen für seinen Einzug in den Landtag. Auf einen Listenplatz hat Reiners verzichtet, er setzt auf den Sieg im Wahlkreis.

Sicherer Einzug für Olschowski (Die Grünen) und Steinhilb-Joos (SPD)

Ganz anders ist die Lage bei seinen Mitbewerberinnen: Beide Kandidatinnen sind über ihre Listenplätze bereits sicher im Landtag vertreten. Für die Wähler bedeutet dies: Beide Politikerinnen sitzen unabhängig vom Erststimmenergebnis im nächsten Parlament.

„Verschenkte“ Erststimmen bei FDP und AfD?

Wenig Hoffnung besteht hingegen für Juliane Becker (FDP) und Christian Köhler (AfD). Ein Gewinn des Direktmandats ist ausgeschlossen. Aufgrund wenig aussichtsreicher Listenplätzen, bleibt die Erststimme für sie wirkungslos für die Mandatsverteilung.

Am 8. März haben es die Wählerinnen und Wähler in der Hand: Wer soll Stuttgart IV direkt vertreten? Die Entscheidung fällt über die Erststimme.

Tobias Scheck

Impressum

Herausgeber: CDU Bad Cannstatt, Vorsitzender: Roland Schmid (V.i.S.d.P.)
Gladiolenweg 2, 70374 Stuttgart, 0711-537306, info@cannstatt-im-blick.de
Druckerei: SAXOPRINT GmbH, Enderstr. 92 c, 01277 Dresden, Erscheinung: 2 x p.a.

Ihr Kontakt zu uns

Regionalrat & Fraktionssprecher im Bezirksbeirat:
Roland Schmid
Stadträte: Beate Bulle-Schmid, Dr. Markus Reiners
Bezirksbeiräte: Andrea Enzesberger,
Christoph Kapteina, Marc-Oliver Karle,
Andrea Unsöld

Mehr Informationen und Kontakt:
www.cdu-badcannstatt.de



CDU-Initiative: Mehr Lebensqualität und bessere Anbindung

Die CDU-Bezirksbeiratsfraktion drängt mit einem aktuellen Forderungskatalog auf gezielte Verbesserungen im Stadtbezirk. Im Mittelpunkt stehen dabei die Sicherheit im öffentlichen Raum, die Erreichbarkeit lokaler Einrichtungen und der Erhalt historischer Bausubstanz.

Ein zentrales Anliegen ist die Nutzbarkeit der Spielplätze. Damit Kinder und Familien die Flächen auch in der dunklen Jahreszeit sicher nutzen können, fordert die Fraktion eine Überprüfung und Optimierung der Beleuchtungssituation.

Handlungsbedarf sieht die CDU zudem in der Bahnhofstraße. Durch das derzeitige Halteverbot sind Arztpraxen, Post und andere Dienstleister insbesondere für Gehbehinderte kaum erreichbar. Die Fraktion setzt sich daher für die Einrichtung von Haltezonen ein, um die Erreichbarkeit dieser wichtigen Anlaufstellen für alle zu sichern.

Ein weiteres Sorgenkind ist das ehemalige Offizierskasino der Reiterkaserne. Angesichts des fortschreitenden Verfalls mahnt die CDU die Verantwortung des Eigentümers für das denkmalgeschützte Gebäude an. Sollte keine Instandsetzung erfolgen, wird ein Ankauf durch die Stadt als Option zur Rettung des stadtbildprägenden Objekts ins Spiel gebracht.

Zudem blickt die Fraktion auf die ÖPNV-Anbindung des Burgholzhofs. Aufgrund der Erweiterung des Robert-Bosch-Klinikums fordert die CDU eine leistungsfähige Stadtbahnanbindung vom Pragsattel aus, um das Viertel nachhaltig vom steigenden Verkehrsaufkommen zu entlasten.

Regionalrat Roland Schmid

Politische Anzeige

Sponsor: CDU Bad Cannstatt
Bezug: Landtagswahl Baden-Württemberg 2026
Für weitere Informationen bitte QR-Code scannen.

